

KOMPAKT

Namen und Nachrichten

Vodafone: Weniger Tote durch autonomes Fahren

Düsseldorf. Der Telekommunikations-Konzern Vodafone will sein Geschäft mit der Autoindustrie stark ausbauen. „Unser Ziel ist es, dass es in der Zukunft keine Toten mehr im Straßenverkehr gibt. Das ist mit vernetzten und autonomen Fahrzeugen möglich. Davon sind wir überzeugt“, sagte Vodafone-Deutschlandchef Hannes Ametsreiter. Vodafone bietet nicht nur SIM-Karten an, sondern auch Sicherheitstechnik für den Straßenverkehr. *dpa*

Leuchtsymbole sollen Zug pünktlicher machen

Stuttgart. Um endlich pünktlicher zu werden, testet die Deutsche Bahn seit Montag bei der Stuttgarter S-Bahn sechs Monate lang eine leuchtende Bahnsteigkante. Am Gleis 2 des Bahnhofs Bad Cannstatt zeigen im Boden eingelassene Leuchtsymbole vor der Einfahrt des nächsten Zuges, wo der Zug hält und wo genau sich die Türen befinden. Die Hoffnung der Bahn: Die Fahrgäste stehen am Bahnsteig immer an der richtigen Stelle, das Einsteigen geht zügiger. *dpa*

AUS DEN UNTERNEHMEN

Lufthansa. Das neue Blau ist nicht blau genug: Nach heftigen Diskussionen überarbeitet die Lufthansa ihr erst vor wenigen Wochen vorgestelltes neues Flugzeug-Design. Dabei geht es nicht um eine mögliche Rückkehr des Farbtönen Gelb im Kranich-Logo, sondern vielmehr um das neue Blau am Heck der Flugzeuge, das bei bestimmtem Licht zu dunkel wirke.

Uniper. Der Energiekonzern Uniper will das Füllhorn über seine Aktionäre ausschütten. Der Vorstand des Versorgers schlägt eine Dividende von 74 Cent je Aktie für das Geschäftsjahr 2017 vor, teilte das im MDax notierte Unternehmen am Montagabend mit. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von rund 271 Millionen Euro. Die Dividendensumme liege damit um mehr als acht Prozent höher als die im Dezember in Aussicht gestellten 250 Millionen Euro.

HEUTE VOR 40 JAHREN



Auf einer Umweltschutzkonferenz in Berlin gibt Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) die Einführung des **Blauen Engels** bekannt. Das **Gütezeichen** sollen Produkte tragen dürfen, die umweltfreundlich und weniger gesundheitsbelastend hergestellt werden.

WORTLAUT

„Ich neige eher dazu, Aktien zurückzukaufen, statt Dividenden auszuzahlen.“

Warren Buffet, US-Starinvestor, zieht wegen Präsident Trumps Steuerreform Aktiengeschäfte vor.

„Das ist Lohndiebstahl“

DGB-Chef Reiner Hoffmann prangert unbezahlte Überstunden an. Von der Großen Koalition fordert er mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose im Ruhrgebiet

Dortmund. Reiner Hoffmann ist spät, die A40 wieder mal dicht. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Schwäche des Ruhrgebiets gerade hinter sich gelassen. Wie den anderen – Langzeitarbeitslosigkeit und das Nord-Süd-Gefälle – zu begegnen sei, sagt er im Interview mit **Stefan Schulte**.

Herr Hoffmann, der Aufschwung macht es den Gewerkschaften leichter, hohe Lohnabschlüsse zu erzielen. Die IG Metall hat nun auch ein Recht auf Verkürzung der Arbeitszeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit durchgesetzt. Ein Vorbild für alle Branchen?

Reiner Hoffmann: Ja, absolut. Einerseits fordern Arbeitgeber von ihren Beschäftigten höchste Flexibilität ein. Wir schieben in Deutschland rund 1,7 Milliarden Überstunden vor uns her, und das Unverschämte ist: Die Hälfte davon wird nicht einmal bezahlt. Das ist Lohndiebstahl. Auf der anderen Seite wird, wenn Menschen in den verschiedenen Lebensphasen mal länger und mal kürzer arbeiten wollen, keine Flexibilität gewährt. Ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist daher ganz zentral, damit die Menschen endlich mehr Zeitsouveränität gewinnen.

„Wer Armut erlebt, hat keine Zeit für endlose Debatten.“

Muss das jetzt jede Gewerkschaft für ihre Branche selbst streiten oder ist es Aufgabe der Politik, das flächendeckend zu regeln?

Wir brauchen beides. Der letzten Großen Koalition ist das versprochene Rückkehrrecht in Vollzeit nicht gelungen, weil Arbeitgeber und CDU es in letzter Minute verhindert haben. Jetzt hat die IG Metall gezeigt, wie es tarifpolitisch geht. Die Situation in den einzelnen Branchen, aber auch in den Betrieben ist sehr unterschiedlich – dem können Tarifverträge am ehesten gerecht werden. Trotzdem brauchen wir auch gesetzliche Regelungen, schließlich ist das Arbeitszeitgesetz ein Arbeitsschutzgesetz. Es soll vor überlangen Arbeitszeiten mit allen negativen Folgen für die Gesundheit schützen. Ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung für einen gewissen Zeitraum gehört für mich dazu.

Die Gewerkschaften verbieten sich jede Einmischung der Politik in Tarifrfragen, fordern aber neue Gesetze wie jetzt bei der Arbeitszeit. Wie politisch dürfen Gewerkschaften sein?

Wir sind parteipolitisch unabhängig, aber politisch nicht neutral. Das ist eine der großen Errungen-



Reiner Hoffmann in Dortmund: Der DGB-Chef blickt mit Sorge auf die Langzeitarbeitslosigkeit im Revier. FOTO: RALF ROTTMANN

schaften der deutschen Gewerkschaften nach 1949. In der Weimarer Republik waren wir in konfessionelle und politische Richtungsgewerkschaften zerstritten, deshalb haben wir unter dem Dach des DGB die Einheitsgewerkschaft geschaffen. Bei aller Meinungsvielfalt in den einzelnen Gewerkschaften haben wir klare Vorstellungen von einer sozial gerechten Gesellschaft. Und dafür kämpfen wir nicht nur tarifpolitisch, sondern auch auf allen politischen Ebenen.

Sie brauchen die Politik ja auch, etwa wenn es darum geht, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, sie also allen Betrieben vorzuschreiben.

Wenn man die soziale Marktwirtschaft in Deutschland für ein hohes Gut hält, dann passt dazu nicht, dass sich immer mehr Arbeitgeber aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung verabschieden und täglich Tarifrflucht begehen, indem sie aus dem Arbeitgeberverband austreten oder indem Arbeitgeberverbände den Unfug betreiben, Mitgliedschaften ohne Tarifbindungen zuzulassen. Wir haben in Deutschland nur noch jeden zweiten Beschäftigten in der Tarifbindung. Diese Beschäftigten haben 20 bis 25 Prozent weniger Lohn, weniger Urlaub und längere Arbeitszeiten.

Der Jobmotor läuft rund, trotzdem stecken vor allem Ungelernte dauerhaft in Hartz IV fest, insbesondere im Ruhrgebiet. Ist der soziale Arbeitsmarkt, den die GroKo plant, das richtige Mittel dagegen?

Gerade für NRW wäre ein sozialer Arbeitsmarkt enorm wichtig. Hier gibt es 300 000 Langzeitarbeitslose, das ist fast ein Drittel von ganz Deutschland. Wir sehen vor allem

im Ruhrgebiet sehr deutlich, dass viele Menschen kaum in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Wir müssen versuchen, Brücken zu bauen in den ersten Arbeitsmarkt, aber manchen eben auch dauerhaft ermöglichen, eine sinnvolle Tätigkeit in einem sozialen Arbeitsmarkt auszuüben.

Genau das plant die GroKo aber nicht, sondern will die Förderung auf zwei Jahre begrenzen.

Das ist genau das Problem – die GroKo verschließt die Augen davor, dass Menschen dauerhafte Perspektiven brauchen. Wir haben nun einmal Problemgruppen, in denen sich Arbeitslosigkeit mit gesundheitlichen und psychosozialen Problemen verbindet. Auch diese Menschen brauchen eine sinnvolle dauerhafte Beschäftigung, weil Arbeit viel mehr ist als Broterwerb. Arbeit hat eine hohe soziale Integrationsfunktion. Ich kann nicht 300 000 Menschen in NRW dauerhaft davon ausschließen.

Jetzt gibt man vier Milliarden Euro aus, damit Langzeitarbeitslose zwei Jahre lang mit Staatshilfe auf den Mindestlohn kommen. Klingt nach den alten ABM, die nachweislich nichts gebracht haben.

Die alte ABM-Praxis musste an vie-

len Stellen nachgebessert werden, hatte aber trotzdem eine wichtige soziale Funktion. Das größte Problem waren die hohen Mitnahmeeffekte durch Arbeitgeber, die das Instrument missbraucht und einfach nur das Geld vom Amt kassiert haben. Entscheidend ist doch, dass die Menschen verlässliche Hilfe bekommen. Wir wissen, dass bei manchen zwei Jahre nicht ausreichen. Ich sehe aber auch die Arbeitgeber in der Pflicht, Stellen anzubieten, in denen neben den Stärken auch die Schwächen des Einzelnen anerkannt werden.

Das Ruhrgebiet leidet unter seiner anhaltenden Strukturschwäche, in einigen Stadtteilen verfestigt und vererbt sich hier Armut. Ist es richtig, in einer solchen Lage den Soli größtenteils abzuschaffen?

Wir waren immer dagegen, dass der Soli abgeschafft wird. Der massive Investitionsstau, in Wohnungen, Infrastruktur, Personal im öffentlichen Dienst, in solchen Stadtteilen ist nur mit einer soliden Finanzierung zu lösen. Die zeichnet sich in dem Koalitionsvertrag mit dem Diktum der schwarzen Null nicht ab. Wir erwarten, dass die kommende Regierung diese Frage zügig klärt und ihre Pläne ebenso zügig umsetzt. Wer Armut erlebt, hat keine Zeit für endlose Debatten.

„Roboter werden uns nicht alle arbeitslos machen“

■ Reiner Hoffmann (62), gebürtiger **Wuppertaler**, führt den DGB seit 2014. In Dortmund diskutierte er auf Einladung der Gesellschaft zur Förderung des Strukturwandels in der Arbeitsgesellschaft die Folgen der Digitalisierung.

■ Hoffmann betonte, **Roboter und PCs** würden Berufe verändern oder gar überflüssig machen, aber auch neue schaffen. „Dass Roboter uns alle arbeitslos machen, haben wir schon vor 30 Jahren gedacht. Jetzt haben wir Rekordbeschäftigung.“

Weniger Bier, aber mehr Brauereien

Durst auf Spezialitäten beflügelt kleine Brauer

Berlin. Biertrinker haben in Deutschland eine immer größere Auswahl. Der Craft-Beer-Trend lässt die Zahl der Brauereien weiter steigen, wie der Deutsche Brauer-Bund mitteilte. Im vergangenen Jahr kamen 82 Betriebe hinzu, so viele wie in den acht Jahren zuvor insgesamt. Damit gibt es nach Angaben des Brauer-Bunds nun 1492 Braustätten, so viele wie nie seit der Wiedervereinigung. Dennoch sank der Bierdurst 2017 weiter. „Der Biermarkt in Deutschland wird trotz einer Konsolidierung immer vielfältiger“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Brauer-Bunds, Holger Eichele. Hintergrund ist der Trend in den Ballungszentren zu kleineren Spezialitätenbrauereien, die unter anderem aromatisiertes Craft Beer anbieten.

Die meisten neuen Braustätten entstanden in den vergangenen Jahren im Raum Berlin/Brandenburg, wie der Branchenverband unter Berufung auf das Statistische Bundesamt mitteilte. In Nordrhein-Westfalen stieg die Zahl der Brauereien um acht auf 140. Der Brauer-Bund rechnet mit zahlreichen weiteren neuen Akteuren auf den regionalen Biermärkten. Dennoch ging der Bierabsatz 2017 zurück: 93,5 Millionen Hektoliter und damit zwei weniger als im Vorjahr wurden verkauft. *dpa*

Dr. Oetker findet Partner für Moerser Pudding-Werk

Moers. Das Moerser Dessert-Werk des Nahrungsmittelherstellers Dr. Oetker steht vor einem Umbruch. Zum 1. April geht das Bielefelder Familienunternehmen am Standort Niederrhein ein Joint Venture mit der bayrischen Molkerei Gropper ein, wie Dr. Oetker mitteilte. Für die rund 350 Mitarbeiter der künftigen Moers Frische Produkt GmbH & Co KG soll sich den Angaben zufolge nichts ändern. In Moers würden bereits jetzt Milchprodukte im Auftrag der Molkerei Gropper hergestellt, sagte ein Sprecher. Beide Unternehmen wollen künftig gemeinsam im Ruhrgebiet produzieren. Aus Moers kommen Dr. Oetker-Produkte wie das Dessert Wölkchen und der Pudding Paula. Eine Erweiterung des Werks sei denkbar, hieß es. *alf*



In Moers befindet sich ein großer Standort von Dr. Oetker. FOTO: OETKER

Ryanair startet erstmals von Düsseldorf aus nach Mallorca

Der irische Billigflieger will zunächst von Juni bis August Flüge auf die Insel anbieten. Mehr Konkurrenz für Eurowings

Düsseldorf. Die Konkurrenz am Düsseldorfer Flughafen für den Lufthansa-Ableger Eurowings wächst: Nachdem bereits die österreichische „Laudamotion“ als Nachfolgerin der insolventen Niki angekündigt hatte, zwei Flugzeuge in Düsseldorf zu stationieren, kommt nun auch Ryanair an den Rhein. Am Montag teilte das irische Unternehmen mit, dass es im Sommer von Juni bis August täglich einmal die Strecke Düs-

seldorf-Mallorca anbiete. Ryanair wird aber in Düsseldorf keine eigene Basis aufmachen, sondern bedient den täglichen Mallorca-Flug mit auf Mallorca stationierten Flugzeugen.

„Ryanair freut sich, mit Berlin-Tegel und Düsseldorf zwei neue deutsche Flughäfen für den Sommerflugplan 2018 mit neuen Palma de Mallorca-Verbindungen bekannt zu geben“, sagte am Montag David O’Brien, Finanzchef von Ryanair.



Der irische Billigflieger Ryanair startet nun auch in Düsseldorf. FOTO: DPA

Die Flüge sind ab sofort buchbar. Laut Ryanair werden Tickets bereits ab 29,99 Euro verkauft.

Ryanair ist in der Branche umstritten. Flugbegleiter und auch Piloten werden unter dem europäischen Standard bezahlt, so der Vorwurf von Gewerkschaften. Außerdem gab es Vorwürfe, dass nicht genug Kerosin getankt wurde um Gewicht und damit Treibstoff-Kosten zu sparen.

Der Düsseldorfer Flughafen bestä-

tigte, dass Ryanair für einen täglichen Flug nach Palma de Mallorca Slots (Landerlaubnis) in Düsseldorf vom Flughafen-Koordinator zugebilligt bekommen hat. „Grundsätzlich ist jede Fluggesellschaft am Flughafen Düsseldorf willkommen, die über die entsprechenden Slots verfügt“, sagte Flughafen-Sprecher Thomas Kötter. Ryanair werde keine Sonderbehandlung bei den Flughafen-Gebühren erhalten. *gömi*